

Jörg Hofmann

Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg



**Mündlicher Geschäftsbericht zur 64. Ordentlichen Bezirkskonferenz
der IG Metall Baden-Württemberg am 26. Juni 2013
Stadthalle Sindelfingen**

„Arbeit – sicher und fair“

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

ich beginne mit einer positiven Nachricht: 2012 war für die IG Metall Baden-Württemberg ein weiteres Jahr des Mitgliederzuwachses. Mit einem Plus von 3546 zusätzlichen Mitgliedern und nahezu 4600 zusätzlichen Mitgliedern in den Betrieben, konnten wir die krisenbedingten Verluste nahezu ausgleichen. Dies entspricht einem Plus von 0,9% bzw. 1,5% bei den Mitgliedern im Betrieb.

Steigende Beiträge, durch erfolgreiche Lohnpolitik und Mitgliederzuwachs, erhöhten die Beitragseinnahmen und stärkten die Kassen der IG Metall mit einem Plus von 5,5%.

Basis dieser Mitgliederentwicklung war eine um 14% erhöhte Neuaufnahmequote und eine Stabilität bei Austritten und Streichungen.

Nahezu 25000 Kolleginnen und Kollegen wurden letztes Jahr Mitglied dieser IG Metall Baden-Württemberg.

Dieses Bild zeigt die langfristige Entwicklung von Neuaufnahmen und Austritten:

- zeigt das Desaster der Krise 93/94,
- zeigt das Desaster des Führungsstreits 2003,
- zeigt aber auch, dass sich die IG Metall Baden-Württemberg seither Jahr für Jahr, nur unterbrochen durch die Krisenwirkung 2009/2010, bei Neuaufnahmen verbesserte und es gelang die Austritte zu reduzieren.

Es ist eine Geschichte des Erfolgs, eures Erfolgs, Kolleginnen und Kollegen, und darauf können wir stolz sein!

Besonders stolz sind wir, dass fast die Hälfte dieser Neuaufnahmen Jugendliche waren.

Einschränkend müssen wir aber sagen, dass wir hier immer noch nicht alle Potentiale ausgeschöpft haben. Insbesondere bei der Werbung neuer Azubis gibt es gewaltige Unterschiede zwischen den Verwaltungsstellen des Bezirks.

Dies kann uns nicht zufrieden stellen, da ist nachzuarbeiten und nach den Gründen zu fragen. Auch daher haben wir ein Organisationsprojekt zur Jugendarbeit gestartet, weil wir gemeinsame Qualitätsstandards bei der Werbung brauchen. Diese Unterschiede sind nicht akzeptabel. Und dies ist nicht alleine die Verantwortung des Jugendsekretärs!

Erfolg in der Mitgliederwerbung ist keine Selbstverständlichkeit, er entsteht aus eurer Arbeit, der Arbeit der Vertrauensleute und Betriebsräte vor Ort. Und natürlich ist er nicht unabhängig von der Beschäftigungsentwicklung in unseren Branchen. Daher haben wir 2013 in den Geschäftsplänen der Verwaltungsstellen eine leicht niedrigere Zahl von Neuaufnahmen eingeplant.

Die lahme Konjunktur macht sich nun mal auch in weniger Neueinstellungen bemerkbar.

Schauen wir auf die ersten 6 Monate dieses Jahres, haben wir weiter im Vergleich zum Vorjahr eine positive Mitgliederentwicklung. Ende Mai lagen wir mit 417.000 Mitgliedern weiter 0,2 Prozent über dem Vorjahr. Bei den Mitgliedern in den Betrieben wiesen wir ein Plus von 0,6 Prozent aus, und zählten 305.000 Mitglieder. Doch müssen wir feststellen, dass wir bei den Neuaufnahmen hinter der Planung zurückliegen.

Hier gilt es aufzuholen, Kolleginnen und Kollegen, auch 2013 muss zu einem Jahr des klaren Mitgliederzuwachses werden.

Wir wollen das Triple schaffen! Das überlassen wir nicht den Bayern! Nach 2011 und 2012 auch 2013 ein Plus in der Mitgliederentwicklung. Das ist unser Ziel!

Aber keinen Preis ohne Fleiß.

Die Lage ist durchaus unterschiedlich zwischen den Verwaltungsstellen. Dies hat teilweise objektive Gründe. Aber für alle Verwaltungsstellen gilt: Wir müssen die Anstrengungen nun in den nächsten Monaten verstärken.

Bei der Werbung von Ferienarbeitern, bei der Werbung der neuen Azubis, bei der Erschließung neuer Betriebe, aber vor allem durch eine erfolgreiche Interessensvertretungspolitik im Betrieb, die die Mitgliederwerbung immer mitdenkt.

Ein kleines Incentive bietet hier die Sonderwerbeaktion des Vorstandes. Wer mit der Familie in den Sommerurlaub fahren will und dies ohne Spritkosten, kann seine Urlaubskasse noch durch aktive Mitgliederwerbung jetzt entlasten. Benzingutscheine machen dies möglich.

Kolleginnen und Kollegen,

2011 wurden auf dem Gewerkschaftstag die Schlussfolgerungen aus dem Projekt 2009 gezogen, dem Organisationsprojekt, das die IG Metall wieder deutlicher so aufstellen will, wie unser Symbol sie zeichnet: Unten breit aufgestellt, an der Spitze schmal. Die Verlagerung von Ressourcen, vor allem Personal in die Verwaltungsstellen, zahlt sich schon heute aus.

Aktuell können wir im Bezirk 24 zusätzliche Projektsekretärinnen und Projektsekretäre beschäftigen. Hinzukommen weitere, insbesondere Jugendsekretäre, die sich die Verwaltungsstellen mit Hilfe des Geschäftsplanfonds leisten können. Das bedeutet nicht nur, dass wir die Ressourcen deutlich erhöhen konnten, um in den drei strategischen Zielen:

- Präsenz in der Fläche verbessern;
- Strukturwandel in der Beschäftigung, auch bei den Mitgliedern nachvollziehen;
- Mehr junge Leute für die IG Metall gewinnen;

nach vorne zu kommen. Aus diesen Projekten resultiert schon heute jede sechste Neuaufnahme im Jahr, und dies ist eine Klasse Bilanz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gewiss, nicht jedes Projekt wird zum Knüller, aber wir haben wirkliche Erfolgsprojekte. Eines will ich hier und heute stellvertretend vorstellen: Es ist ein Mitgliederprojekt mit Schwerpunkt hochqualifizierte Beschäftigte in der Region Mittelbaden. 991 neue Mitglieder können sich die Projektsekretärin Liane Papaioannou und ihre Kolleginnen und Kollegen seit Projektbeginn zuschreiben.

Kolleginnen und Kollegen,

Basis unserer Mitgliederwerbung ist die Organisationsarbeit vor Ort. Die der aktiven Vertrauensleute, der IG Metall Betriebsrätinnen und Betriebsräte, unserer Mitglieder.

Gerade die Arbeit der Vertrauensleute ist hier von besonderer Bedeutung. Sie sind das Bindeglied in den Betrieb.

Die Vertrauensleutewahlen 2012 verliefen auf den ersten Blick eher enttäuschend. Die Zahl der Vertrauensleute sank zur Vorperiode auf nun 10.000 Kolleginnen und Kollegen. Dahinter verbirgt sich aber eine größere Zahl von Bereinigungen, wo Karteileichen aus der Statistik gestrichen wurden.

Dennoch kann uns diese Entwicklung nicht zufrieden stellen. Vertrauensleute sind in mittel- und großbetrieblichen Strukturen unverzichtbar für eine gewerkschaftliche Beteiligungskultur.

Wer Beteiligung einfordert, darf Vertrauensleute nicht stiefmütterlich an die Seite stellen, Kolleginnen und Kollegen.

Richtig ist aber auch, dass Strukturen und Inhalte der Vertrauensleutearbeit, ihre Qualifikation weiterentwickelt und attraktiver gemacht werden müssen. Dies ist auch Aufgabe im Bezirk.

In den Berichtszeitraum fielen ebenfalls die JAV-Wahlen 2012. Hier gelang es uns sowohl die Zahl der Gremien, wie die Zahl der gewählten Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter zu erhöhen.

In 668 Betrieben wurden neue JAVs gewählt, über 1860 junge Menschen wurden in diese Interessenvertretung der Jugend im Betrieb gewählt.

Im Übrigen eine wachsende Zahl dual Studierender.

In Baden-Württemberg wurden damit im Bereich der IG Metall bundesweit die meisten Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter gewählt.

Kolleginnen und Kollegen,

hinter uns liegt die Tarifrunde 2013 der M+E-Industrie.

Die 3,4 Prozent ab Juli und 2,2 Prozent ab Mai 2014 tragen dazu bei, dass unsere Kolleginnen und Kollegen 2013 einen Lohnzuwachs von 2,95 Prozent und 2014 von 3,25 Prozent bekommen.

2013 werden damit mit großer Wahrscheinlichkeit die Reallöhne erhöht und damit ein mehr an Kaufkraft geschaffen. Dies gilt auch mit großer Sicherheit für 2014.

Damit führen wir die erfolgreiche Lohnpolitik der IG Metall fort. Sie hat unseren Kolleginnen und Kollegen, nicht nur einen Ausgleich der Inflationsentwicklung ermöglicht, sondern einen echten Zuwachs an Kaufkraft. Und sie hat den gesamtwirtschaftlich neutralen Verteilungsspielraum nicht nur ausgeschöpft, sondern überschritten.

Das bedeutet zunächst, dass es gelungen ist die Kaufkraft der Kolleginnen und Kollegen zu stärken.

Es ist bemerkenswert, dass wir für unser Kaufkraftargument während, aber gerade auch nach dem Tarifabschluss große öffentliche Zustimmung bekommen haben und die sonst übliche Leier von der Lohn-Preis-Spirale, oder den gefährdeten Arbeitsplätzen sich nicht in der öffentlichen Debatte verfangen hat. Wie wir uns insgesamt in der öffentlichen Argumentation erfolgreich durchsetzen konnten. Für eine nur „Entgeltrunde“ durchaus bemerkenswert.

Auch bemerkenswert, angesichts des nicht freundlichen wirtschaftlichen Umfelds im 1. Quartal 2013. Doch gerade in der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung, fand das Argument einer Stabilisierung durch mehr Binnennachfrage positive Resonanz.

Eines bleibt: Wir werden 2014 auf Grund der langen Laufzeit nicht mehr reagieren können. Was dann bleibt, ist wieder der Blick in den Rückspiegel. Den haben wir dieses Jahr nur etwas eingeklappt, aber ja nicht abmontiert.

Die Laufzeit war einer der Kritikpunkte, die in der Tarifkommission des Bezirks, aber nicht nur bei uns, hinterfragt wurden, Ebenso, wie die Null-Monate zu Beginn. Aber insbesondere auch die Kommunikation und Koordination während der Tarifrunde war Teil der Kritik und dies verlangt eine Nachbearbeitung. Viele engagierte Kolleginnen und Kollegen fanden sich im Ablauf und Ergebnis der Tarifrunde vor den Kopf gestoßen, waren heftigen Debatten im Betrieb ausgesetzt. Sie haben einen Anspruch darauf, dass ihre Meinung und Kritik aufgegriffen wird und wir hier zu gemeinsamen Schlussfolgerungen kommen.

Wir werden daher diese Fragen in einer außerordentlichen Tarifkommissionssitzung Ende Juli beginnen aufzuarbeiten und diese Diskussion im Herbst fortsetzen.

Dies erfolgt nun in allen Bezirken und der Vorstand der IG Metall wird die Ergebnisse zusammenfassen und Schlussfolgerungen ziehen.

Da der Ort dieser notwendigen Diskussion die Tarifkommission ist und diese in einem Diskussionspapier den Prozess festgelegt hat, werde ich heute hier nicht näher darauf eingehen.

Im Vergleich zu Abschlüssen in anderen Branchen ist der Abschluss gut. Nimmt man die Sondersituation des Bauhauptgewerbes Ost aus, gelang es den Gewerkschaften nirgends bei vergleichbarer Laufzeit eine vergleichbare Erhöhung der Tabellenwerte zu erreichen.

Dies soll nicht die Leistung schmälern, die wir als IG Metall Baden-Württemberg durch gute Abschlüsse, auch in anderen Branchen, aber unter schwierigeren Bedingungen, erreicht haben.

Für die Metall- und Elektroindustrie gilt: Jeder dritte Euro, den unsere Kolleginnen und Kollegen heute auf dem Lohnzettel haben, wurde allein in den letzten 10 Jahren durch die IG Metall verhandelt, also ein Plus von 33% und dies bei einer Inflationsentwicklung im gleichen Zeitraum von knappen 20%. Und dies bei weitgehend sicherer Beschäftigung für die Stammbeschäftigten.

Dieser Erfolg der Tarifpolitik ist der Erfolg unseres Engagements. Auch in diesem Jahr. Gerade in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie.

Wieder war der Bezirk Baden-Württemberg, ward ihr, der handlungsstärkste, auch zum Leidwesen der Arbeitgeber. Sie monierten, so der Gesamtmetallpräsident Dulger, eine besonders offensive Tonlage im Südwesten.

Da haben wir wohl viel richtig gemacht, Kolleginnen und Kollegen. Dafür besten Dank an all die Kolleginnen und Kollegen, die sich in unseren Tariffbewegungen engagiert haben.

Ich will aber an dieser Stelle auch sagen, dass diesseits der Society-Berichterstattung zur Tarifrunde, die belastbare Konfliktpartnerschaft zwischen der IG Metall Baden-Württemberg und Südwestmetall nicht gelitten hat.

Kolleginnen und Kollegen, das zweite Halbjahr 2012 war mitgeprägt von der betrieblichen Umsetzung unserer Tarifverträge zur unbefristeten Übernahme und Leiharbeit.

Dass qualitative Tarifpolitik auch wirksam den Arbeitsmarkt regulieren kann, können wir im Ergebnis der Kampagne Übernahme positiv bilanzieren.

Vorausgegangen war eine Betrieb für Betrieb geführte Debatte zur Umsetzung der neuen tariflichen Regelungen zur Übernahme.

Das Ergebnis ist deutlich: Die Verhältnisse haben sich umgekehrt:

Erfolgten 2012 knapp über 60% der Übernahmen nur befristet, wurden jetzt im Frühjahr 2013 nahezu 70% der Auszubildenden unbefristet übernommen.

Das bedeutet für die jungen Menschen ein deutliches mehr an Planungssicherheit. Ein gutes Ergebnis, Kolleginnen und Kollegen !

Und hat dies Ausbildungsplätze gekostet, wie die Arbeitgeber befürchteten? Keinen einzigen. Im Gegenteil, der demographische Wandel führt jetzt schon, wenn auch regional unterschiedlich, zu einem Mangel an Bewerbern. Hier ist die unbefristete Übernahme ein klarer Wettbewerbsvorteil für die Betriebe. Auch daher dürfen wir nicht nachlassen an der konsequenten Umsetzung dieser Tarifregelung.

Konfliktreicher war dagegen die Umsetzung des TV zur Leiharbeit und der Branchenzuschläge. Von Beginn an war diese Umsetzung begleitet von Bedrohung, Trickserie und schlichtweg Rechtsbruch einer nicht kleinen Zahl von Verleihern.

Wir versuchten gegenzuhalten mit Aufklärung, mit konkreter Unterstützung und Solidarität der Betriebsräte in den Entleihbetrieben.

Auch öffentliche Skandalisierung veränderte das Verhalten manches Entleihunternehmens und es wurde selbst auf die Einhaltung der Tarifnormen geachtet. Dennoch ist der Versuch zur Umgehung der Branchenzuschläge weiter anhaltend. Wie schon im Vorfeld von uns befürchtet, suchten die Arbeitgeber zudem neue Schlupflöcher. Dies vor allem im wieder verstärkten Einsatz von Werksverträgen. Die aktuell bekannt gewordenen skandalösen Arbeitsverhältnisse in diesem System, von Sub- und Sub-Sub-Unternehmerschaft, machen deutlich, dass, wenn es um Profit geht, jedes Mittel genutzt wird, soweit keine betriebliche Mitbestimmung und tarifliche Regeln dies begrenzen.

Es geht daher nicht um einen Angriff auf unternehmerische Freiheit, wie Gesamtmetall unser Verlangen nach besserer Regulierung der Werkverträge in einem Positionspapier kritisiert.

Es geht darum, dass ein anständiger Umgang mit Menschen im Arbeitsleben eine Selbstverständlichkeit sein müsste, dass faire Bezahlung und Sicherheit im Job keine Luxusgüter sind, sondern Voraussetzung für Lebensplanung und Familie.

Und wenn diese Werte mit Füßen getreten werden, nicht trotz, sondern wegen einer unternehmerischen Freiheit, die offensichtlich ihre Bindung an das Gemeinwohl in dieser Frage verloren hat, dann braucht es Regeln, Kolleginnen und Kollegen.

Nicht um unternehmerische Freiheit einzuengen, sondern den Schutz menschenwürdiger Arbeitsbedingungen vor unternehmerischer Freiheit durchzusetzen.

Wir wollten das Thema der Werkverträge in den letztjährigen Tarifverhandlungen aufgreifen, um zumindest Transparenz in die betriebliche Vergabepraxis zu bekommen. Südwestmetall hat dies damals zurückgewiesen.

Ich erwarte, dass, wenn wir entsprechend unserer Gesprächsverpflichtung, die Frage der Zukunft einfacher Arbeit in unserer Industrie besprechen wollen, die Thematik von Werkverträgen nicht ausgeklammert wird.

Wir schauen nicht weg, wir handeln, Kolleginnen und Kollegen. Und dies bedeutet, auch dort zu organisieren, Betriebsräte zu gründen, Tarifverträge zu erkämpfen, wo in unserer Wertschöpfungskette Teile ausgelagert werden. Unser Betriebsbegriff macht nicht an gelben oder blauen Linien halt. Unser Anspruch ist, dass jeder, der seiner Arbeit in einem Betrieb der Metall- und Elektroindustrie nachgeht oder eng in die Abläufe integriert ist, ein Anspruch auf Interessensvertretung durch uns hat. Das beginnt bei der Logistik, über die Wartung, bis hin zur Entwicklung. Und unser Verständnis der Tarifeinheit im Betrieb ist nicht eines der Vorteilmahme, sondern eines der Solidarität aller, die im Betrieb beschäftigt sind. Man kann nicht am Sonntag die Tarifeinheit predigen und am Montag im eigenen Betrieb Arbeitsplätze fremdvergeben, oft tariflos oder mit billigeren Tarifstandards.

Das provoziert Tarifvielfalt im Betrieb – und keiner soll sich beklagen, dass es dadurch zu Störungen in den Abläufen kommen kann.

Und weil wir hier wieder Ordnung am Arbeitsmarkt benötigen, und politische gewollte Deregulierung sich als Bumerang für den Sozialstaat erweist, brauchen wir auch gesetzliche Flankierung. Wir begrüßen daher das Tarifreuegesetz des Landes, um im eng gezurrten Rahmen der EUGH Rechtsprechung, zumindest für öffentliche Vergaben Mindeststandards zu setzen. Aber wir fordern insbesondere die Bundesregierung zum politischen Handeln auf. Noch immer haben wir große Branchen der Leiharbeit ohne Branchenzuschläge und selbst wenn wir sie haben, sind wir noch weit weg von equal pay. Hier ist politisches Handeln ebenso angesagt, wie bei der Absicherung der untersten Tarifentgelte als Mindestentgelt, der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und klareren Grenzziehungen zwischen Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach der Tarifrunde sieht die Welt wieder freundlicher aus. So auch in der Wirtschaftspresse. Mögen auch die Unsicherheiten weiter bestehen, insbesondere dann, wenn die Krise in vielen Ländern Europas nicht überwunden werden kann: Der deutsche Arbeitsmarkt ist weiter stabil.

Auch der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg ist stabil, wenn auch die Zuwachsraten an Beschäftigung nachlassen. Mit einer Arbeitslosenquote von 4

Prozent, davon etwa 60 Prozent im Bereich SGB II, und einer Jugendarbeitslosenquote von 2,8 Prozent ist, wenn auch regional unterschiedlich, von einer weiter guten Arbeitsmarktverfassung zu sprechen.

In der Metall- und Elektroindustrie haben wir den Beschäftigungsstand vor der Krise noch nicht vollständig erreicht. Auch hier hat der Beschäftigungszuwachs auf Grund der konjunkturellen Situation deutlich an Dynamik verloren.

Während der Tarifverhandlungen hatten wir schon darauf hingewiesen: Nicht Lohnstückkosten, sondern stagnierende Investitionen sind ein Wachstumshindernis in diesem Land.

Vorgestern hat das DIW auf die dramatische Investitionslücke in Deutschland hingewiesen, die Wachstum behindert. Dies gilt sowohl für staatliche Investitionen, die dem Sparkurs zum Opfer fallen, wie private Investitionen, die auch nach der Finanzkrise vorzugsweise in Finanztiteln, als in Investitionen in die Realökonomie erfolgen.

Wir haben bei der Hans-Böckler-Stiftung ein gemeinsames Forschungsprojekt zwischen der Uni Hohenheim, dem Fraunhofer ISI und dem DIW initiiert, das genau dieser Frage nachgeht: Wie können wir die Zukunftsaufgaben, wie den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Energiewende, mehr Geld für Bildung, etc., durch staatliche und private Investitionen meistern, ohne dass dies zu Wohlstandsverlusten führt und welche Voraussetzungen muss hier die Politik leisten.

Dabei ist ein wesentlicher Punkt schon heute erkennbar: Die Bereitstellung von Infrastruktur, Forschung und Fachkräften für die Wachstumsfelder der Zukunft.

Hier kann auch die Landepolitik etwas leisten und leistet etwas. Mit unserem Memorandum für eine ökologisch und sozial nachhaltige Zukunft hat die Bezirkskonferenz 2011 hier wichtige Stichworte geliefert.

Die IG Metall unterstützt die Initiativen der Landesregierung im Innovationsfeld Elektroantrieb und Brennstoffzelle. Etwa durch Mitarbeit in den Gremien der Landesagentur für Elektromobilität, mit dem Schwerpunkt Aus- und Weiterbildung, als Projektträger einer Schauwerkstatt im Rahmen des Schaufensters living lab BW, das Baden-Württemberg ebenso gewann, wie den Spitzenclusterwettbewerb.

Ein weiteres Innovationsfeld ist das Thema hybrider Leichtbau. Leichtbau ist eine Herausforderung für Maschinenbau, Fahrzeugbau, Luft- und Raumfahrttechnik. Die IG Metall hat hierzu den Verein Leichtbauzentrum BaWü mitinitiiert und sich nun erfolgreich für die Gründung einer Landesagentur Leichtbau eingesetzt. Auch hier sind unsere Schwerpunkt die Konsequenzen für Aus- und Weiterbildung, aber auch der notwendige Arbeits- und Gesundheitsschutz. Das Land fördert diese Aktivitäten im Leichtbau mit 8 Millionen. Hinzu kommen Zusagen der Industrie im gleichen Umfang.

Ein weiteres hochspannendes Feld ist natürlich die Energiewende und die hierzu notwendigen Investitionen in neue Energiequellen, -speicher und -netze. Im Moment hat jeder, der hier investiert hat, dessen Arbeitsplatz davon abhängt, Existenzängste. Die Energiewende droht zum Fiasko zu werden, das offensichtlich nicht durch rein marktorientierte Regulation vermieden werden kann, die Politik bewegt sich zwischen Flickschusterei und Alchemie.

Die IG Metall hat sich mit einer Großanzeige in vielen Tageszeitungen bundesweit zu Wort gemeldet: So nicht! Wir wollen die Energiewende, aber keine Wende, an der Arbeitnehmerhaushalte letztlich doppelt betroffen sind: Durch höhere Preise und unsichere Arbeitsplätze.

Ich sage für mich persönlich, wenn es einen letzten Grund gibt, Schwarz-Gelb abzuwählen, dann ist es dieses fundamentale Versagen in einer so strategisch wichtigen Zukunftsfrage unserer Gesellschaft, Kolleginnen und Kollegen.

Morgen werden vor der Konzernzentrale von Bosch die Kollegen von ALEO Solar und Bosch Solar Energy demonstrieren. Ihren Standorten droht die Schließung oder der Verkauf in eine unsichere Zukunft. 3000 Beschäftigte sind davon betroffen. Ich bitte um euer Einverständnis, wenn ich morgen auf der Kundgebung unsere Solidarität zum Ausdruck bringe, Kolleginnen und Kollegen.

Eher ein Schattendasein in der öffentlichen Debatte, aber was Beschäftigungspotentiale für unsere Branche betrifft ein sehr wichtiges Feld, ist die Energieeffizienz.

Die IG Metall arbeitet hier nicht nur im Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung, sondern in konkreten Projekten mit. Aktuell etwa die Frage: Wie bekommen wir das Thema Energieeffizienz in die betriebliche Ausbildung, oder im betrieblichen Vorschlagswesen noch besser verankert.

Industriepolitisch hilfreich sind auch die durch Nils Schmid angeregten industriepolitischen Dialoge. Hier gelingt es branchenspezifische Fragen von Innovation, Beschäftigung und Qualifikation zu bearbeiten und auch konkrete Initiativen zu entwickeln.

Ein jüngstes Beispiel ist die Luft- und Raumfahrttechnik: Hier haben nun in Folge des Dialogs erste Gespräche zur Frage stattgefunden, wie der hohe Anteil an Leiharbeit und Werkverträgen, dieser durch Projektgeschäfte bestimmten Branche, gesenkt werden kann. Unsere Aufgabe ist es nun, hier die Kolleginnen und Kollegen der Branchen zusammenzuführen und diese Gespräche in konkrete Ergebnisse münden zu lassen.

Kolleginnen und Kollegen,

zentraler Schlüssel für die Innovationsfähigkeit von Industrie und Handwerk sind gut ausgebildete Fachkräfte. Mit der Vereinbarung „Vom Einstieg zum Aufstieg“ haben die Tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie hierfür einen Rahmen beschrieben. Den gilt es nun zu füllen.

Dies beginnt damit, dass wir es uns nicht leisten können junge Menschen ohne Ausbildung zu lassen. Zwar ist die Zahl derer, die ohne Ausbildung in die Erwerbstätigkeit einmündeten, auch 2012 gesunken. Doch über 3600 Jugendliche letztes Jahr - über 20.000 Jugendliche in den letzten 5 Jahren in Baden-Württemberg ohne Ausbildung - das ist nicht hinnehmbar, Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben mit dem Förderjahr, dessen erste zwei Kurse jetzt erfolgreich zu Ende gehen, als Tarifparteien eine gute Alternative geschaffen. Ich bedauere, dass sich nicht mehr Betriebe für das nächste Jahr bereit erklären, daran teilzunehmen. So werden wir voraussichtlich nur 4 Förderklassen 2013 haben.

Zur Fachkräfteentwicklung gehört auch die berufliche Weiterbildung. Diese haben wir seit 2001 tariflich geregelt. Wir wissen aber alle, dass noch längst nicht die

notwendige Dynamik in der Weiterbildungspraxis der Unternehmen besteht. Ich verstehe daher nicht die Vehemenz, mit denen die Arbeitgeber gegen das geplante Weiterbildungsfreistellungsgesetz der Landesregierung schon heute polemisieren, wo nicht einmal ein Gesetzentwurf auf dem Tisch liegt. Man meint der Untergang des Abendlandes drohe, wenn ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung formuliert würde, wo doch das Abendland durch Bildung erst entstand. Ich fordere die Arbeitgeberverbände hier auf, die Blockadehaltung aufzugeben, und konstruktiv an der Frage mitzuarbeiten, wie wir mehr durchaus beidseitig verpflichtende Dynamik in die Weiterbildung bekommen und dies schließt den Anspruch auf politische Bildung mit ein. Wir werden die Landesregierung an diesem Versprechen des Koalitionsvertrages beim Wort nehmen, Kolleginnen und Kollegen!

Anmerken will ich hier auch das Projekt Frauen-IQ unseres Bezirksfrauenausschusses, es entwickelt konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Weiterbildungssituation von Kolleginnen.

Kolleginnen und Kollegen,

den demographischen Wandel in den Betrieben zu bewältigen – dies erfordert auch Arbeits- und Leistungsbedingungen, die ein Arbeiten bis zur Rente ermöglichen. Davon sind wir heute bei vielen Tätigkeiten in der Metall- und Elektroindustrie weit weg – dies war auch Einschätzung der Betriebsräte, die wir letztes Jahr in Vorbereitung unserer Betriebsrätekonferenz im Oktober befragt hatten.

Zudem: Die Entwicklung der Industrie im globalen Umfeld, neue Rationalisierungs- und Produktionskonzepte, wie sie sich hinter dem Programmtitel Industrie 4.0 verbergen, vermischen sich mit den Herausforderungen des demographischen Wandels.

Hierzu brauchen wir auch neue betriebs- und tarifpolitische Lösungen, dies war Konsens dieser Konferenz.

Keine Lösung, sondern nur ein Verdrängen des Problems auf die betroffenen Beschäftigten und die Sozialsysteme, stellen dagegen die Vorschläge dar, die der damals neu gekürte Südwestmetallchef Wolf einbrachte: Lockerung des Alterskündigungsschutzes und der Verdienstsicherung. Ich sage hier deutlich: Ja wir brauchen Lösungen, damit ältere Beschäftigte länger arbeiten können. Eine Lösung, die ein Aufbrechen von erkämpften Schutzrechten vorsieht, wird es mit der IG Metall nicht geben, Kolleginnen und Kollegen.

Nicht Rausdrängen, nicht Drohung mit Arbeitsplatz- und Entgeltverlust, sondern Mitnehmen, die Fähigkeiten und Erfahrung Älterer nutzen, Arbeitsplätze- und Arbeitsabläufe gestalten und berufliche Entwicklungschancen eröffnen, darin liegt die Lösung. Nur hier herrscht weitgehend Funkstille in den Arbeitgeberkanälen.

Konsequenz unserer Betriebsrätekonferenz war die Überlegung, an dieser Debatte zukünftiger Arbeits- und Leistungsbedingungen nicht nur unsere Funktionäre, sondern eine möglichst große Zahl der Beschäftigten zu beteiligen. Die Idee und die Vorarbeiten für eine breit angelegte Befragung begeisterten nicht nur uns, sondern die gesamte IG Metall und das ist gut so.

Der anspruchsvolle Fragebogen machte zunächst dem einen oder anderen Funktionär Angst. Wie ist da die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, sich zehn, fünfzehn Minuten Zeit zu nehmen? Unsere Zielvorgabe waren 75.000

Fragebögen im Bezirk als Rücklauf. Heute können wir feststellen, 150.000 beantwortete Bögen in Baden-Württemberg, über 500.000 bundesweit, haben diese Zweifel beseitigt. Das ist eine große Leistung, ein Ausdruck des Vertrauens der Beschäftigten in die IG Metall und ihre Handlungsfähigkeit, nicht nur unserer Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen. Und es bringt uns in Verantwortung.

Vier von 10 Beschäftigten die geantwortet haben, sind Nichtmitglieder.

Auch ansonsten ist der Rücklauf höchst repräsentativ für die Belegschaftsstrukturen der Metall- und Elektrobetriebe.

Dies gilt auch weitestgehend für die regionale Beteiligung, berücksichtigt man die Beschäftigtenzahlen. Spitzenreiter ist Stuttgart mit über 31.000 Rückmeldungen, gefolgt von Ulm.

Die Ergebnisse zeichnen ein realistisches Bild der Arbeitswirklichkeit. Dass die Beschäftigten in der Mehrzahl mit ihrer generellen Arbeitssituation durchaus zufrieden sind, dazu hätte Gesamtmetall nicht zeitgleich eine Allensbach-Umfrage beauftragen müssen. Es wäre ein Tiefschlag für die Arbeit der IG Metall und der Betriebsräte, wäre dies anders. Dass Beschäftigte dennoch Kritik und Wünsche an diese Arbeitswelt benennen, Zukunftsängste haben und Ansprüche an faire Arbeitsbedingungen formulieren, ist aber auch Teil dieser Arbeits- und Lebenswirklichkeit. Wenn Hauptgeschäftsführer Zander von Gesamtmetall das Resümee zieht: „Die Mitarbeiter sind mit den Arbeitsbedingungen in der Industrie sehr zufrieden, selbst wenn man ihnen von außen versucht, das Gegenteil einzureden“ ist das freundlich gesagt, dummes Zeug und von 500.000 Beschäftigten widerlegt.

Wie geht es nun mit den Ergebnissen der Beschäftigtenbefragung weiter?

Wir wollen mit diesen Daten in drei Richtungen weiterarbeiten:

1. Der Auswertung auf betrieblicher Ebene und der Entwicklung einer Agenda für betriebspolitisches Handeln, gerade auch im Vorfeld der Betriebsratswahlen 2014. Wir werden dabei Auswertung und Schlussfolgerungen im Betrieb nicht in geschlossenen Gremiensitzungen suchen, sondern uns öffnen für die Debatte mit den Beschäftigten. Sie haben ihre Meinung geäußert und wir sollten ihnen auch weitere Chancen für Beteiligung geben.

Wie wir diesen Prozess angehen können, welche Schwerpunkte sich aus der Befragung für betriebspolitisches Handeln ergeben und welche Gestaltungsoptionen es gibt, wollen wir auf einer Betriebsrätekonferenz im Oktober dieses Jahres besprechen.

In Überlegung ist, im Frühjahr 2014 diese Diskussionen auch in einem bundesweiten Kongress zusammenzuführen.

Neben den jetzt vorliegenden Auswertungen, werden euch ab Herbst weitere tiefergehende Auswertungen zur Verfügung gestellt.

Unsere hauptamtlichen Kollegen werden wir vorbereiten, mit Euch aus diesen Ergebnissen konkrete Betriebspolitik abzuleiten. Auch und gerade im Vorfeld der Betriebsratswahl 2014.

2. Wir werden die Auswertung der Daten auf Ebene der Branchen zur Entwicklung einer mittel- und langfristigen tarifpolitischen Agenda qualitativer

Tarifpolitik nutzen, etwa auch im Kontext der Verhandlungsverpflichtung mit Südwestmetall. Diese Diskussion werden wir nun im Juli in der GTK beginnen, im Herbst fortführen und im Frühjahr 2014 auf einer tarifpolitischen Konferenz zu einem vorläufigen Ergebnis bringen. Auch in Vorfeld der Tarifrunde 2015.

3. Und nicht zuletzt wollen wir die wissenschaftliche Debatte über Ergebnisse und ihre Einordnung in vorhandene Untersuchungen und Forschungen anregen. Mit unserer Befragung liegt ein einmaliger Datenschatz für soziologische Forschung vor, der auch große Relevanz für die wissenschaftliche Debatte über die Fortentwicklung der Arbeitsgesellschaft, etwa im Kontext von Industrie 4.0 hat.

Kolleginnen und Kollegen,

unmittelbar bevor steht die Bundestagswahl 2013. Wir werden als IG Metall hierzu Position beziehen. Unsere Position und nicht die einer Partei. Wir treten an für einen Kurswechsel in diesem Land. Und daran messen wir die Parteien. Und wir sehen auf Grundlage der Beschäftigtenbefragung, dass auch die Beschäftigten diese Notwendigkeit unterstützen. Insoweit ist die Befragung auch ein starkes Mandat von über 500.000 Bürgerinnen und Bürgern, um diese Positionen nun in die öffentliche Debatte einzubringen.

Alle Forderungen für einen Kurswechsel fanden hohe Zustimmung.

Befragt nach den sehr wichtigen und wichtigen Handlungsfeldern eines solchen Kurswechsels, liegt der Erhalt und die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme an erster Stelle.

Diesem folgt die Forderung nach gleichen Bildungschancen, unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern und eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, durch die Eingrenzung des Niedriglohnssektors und von prekärer Beschäftigung.

Die hohen Zustimmungswerte können wir nicht nur bei unseren Mitgliedern feststellen, sondern auch bei Nichtmitgliedern.

Zwei Themen zur politischen Kursbestimmung wollten wir genauer wissen: Sie betreffen die Ordnung am Arbeitsmarkt und die Frage von Altersversorgung und Altersübergängen. Auch hier liegen die Zustimmungswerte um die 90 Prozent und höher.

Wir legen zu diesen Themen der Bundestagswahl, unseren Themen eines Kurswechsels, heute eine Resolution vor, die heute Nachmittag zur Diskussion steht. Wir planen zahlreiche örtliche Aktivitäten und wir wollen auf einer großen Konferenz am 16.7. in Sindelfingen Flagge zeigen.

Wir machen dabei deutlich und werden heute Mittag in drei Foren weiter diskutieren:

Niedriglohn und prekäre Beschäftigung verwehrt Millionen von Beschäftigten den Anspruch auf eine sichere Beschäftigung und ein ausreichendes Einkommen. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes löst keine, sondern verschärft die Herausforderungen des demographischen Wandels.

Wir wollen daher eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Statt prekärer Beschäftigung und Armutslöhnen, fordern wir eine wirksame Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen und Mini-Jobs, allgemeinverbindliche branchenbezogene Mindestentgelte auf Basis der untersten Tarifentgelte und einen gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 EUR, Kolleginnen und Kollegen.

Es ist nicht hinnehmbar, und untergräbt die Basis unseres Sozialstaates, wenn auch ein langes Erwerbsleben kaum noch Schutz vor Altersarmut bietet. Wir brauchen eine Neuausrichtung in der Rentenpolitik.

Wir brauchen ein Rentenniveau auf einer auskömmlichen Höhe. Die Hoffnung auf die Privatvorsorge trägt. Das Rentenniveau darf nicht den Geschäftsmodellen der Versicherungswirtschaft zum Opfer fallen. Daher brauchen wir Alternativen, auch einer besser ausgestatteten gesetzlichen Rente und einer stärkeren Rolle der Betriebsrenten, statt der Erhöhung der Abschläge durch die Rente mit 67.

Wir brauchen eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente und flexible Übergänge, wie die Altersteilzeit.

Und die Menschen verlangen eine Anerkennung ihrer Lebensleistung. Wer 45 Jahre geschuftet hat, für den muss Schicht sein können und dies ohne Abschläge, Kolleginnen und Kollegen.

Und: Deutschland zehrt zunehmend von der Substanz. Eine sinkende Investitionsquote gefährdet auf längere Sicht Innovation, Wachstum und Wohlstand für alle. Eine Konsequenz einer ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen.

Wer die Schuldenbremse will und dennoch einen investiven Staat für mehr Bildung, bessere Infrastruktur und Investitionen für eine nachhaltige Zukunft, wie die Energiewende, muss die Einkommenseite erhöhen.

Hohe Einkommen und Vermögen müssen zu diesem Zweck stärker besteuert werden.

Geldvermögen wurden in der Finanzkrise durch Milliarden öffentlicher Mittel, die heute die Staatsfinanzen belasten, gesichert. Jetzt müssen sie herangezogen werden, wenn es gilt Zukunftsaufgaben ohne weitere Verschuldung zu finanzieren, Kolleginnen und Kollegen.

Und nicht zuletzt: Wir wissen, dies geht nur im Umfeld eines friedlichen und solidarischen Europas: Statt Spardiktate, ausgehöhlte Sozialsysteme und tiefe Eingriffen in Arbeitnehmerrechte, fordern wir europäische Wachstums- und Beschäftigungsprogramme, wirksame Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit, den Aufbau demokratisch legitimierter Institutionen in der europäischen Governance, die Einführung von sozialen Mindeststandards sowie eine stärkere Beteiligung hoher Vermögen und Einkommen, auch in den Krisenländern, an der Bewältigung der Krisenfolgen.

Auch daher bin ich auf die Beiträge unserer italienischen und spanischen Kolleginnen und Kollegen heute gespannt.

Demokratie ist immer auch Herrschaft auf Zeit. Die Zeit der aktuellen Politik sollte am 22. September ablaufen! Wir brauchen einen Kurswechsel! Deshalb ruft die IG Metall Baden-Württemberg ihre Mitglieder, Betriebsräte und Vertrauensleute auf, aktiv zu werden. Durch betriebliche und örtliche Aktivitäten und

Veranstaltungen für einen Kurswechsel. Durch die Teilnahme an unserer gemeinsamen Konferenz am 16. Juli. Für die ich euch bitte, aktiv zu werben.

Wesentlich wird aber sein, ob die Beschäftigten zur Wahl gehen. Gerade diejenigen, die am meisten auf eine solidarische und sozial gerechte Politik angewiesen sind, wenden sich oft enttäuscht von der Politik ab. Dabei gilt nach wie vor: Wer nicht wählt, wird trotzdem regiert! Wer einen Kurswechsel will, muss wählen gehen!

Wir werden daher in den Wochen vor der Bundestagswahl für Wahlbeteiligung zu werben.

Kolleginnen und Kollegen,

der vergangene Berichtszeitraum, seit der letzten Bezirkskonferenz, war ein spannender. Viele Weichen für die Zukunft wurden gestellt. Etwa durch die Beschäftigtenbefragung.

Er war auch beanspruchend. Für jeden von uns.

Über 25.000 Vertrauensleute, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Javis, Schwerbehindertenvertreterinnen und -vertreter der IG Metall wirken in den Betrieben Baden-Württembergs.

Und auch das letzte Jahre zeigte, zusammen sind wir unerträglich für alle, die Arbeitnehmerrechte missachten, auf billige Vorteilmnahme setzen.

Arbeit – sicher und fair. Das Motto der diesjährigen Bezirkskonferenzen der IG Metall ist unser Handlungsauftrag.

Und wir haben ihn gut erfüllt, Kolleginnen und Kollegen.
Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.